

Berlin, den 8. Juli 2008

Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.

Friedrichstraße 154

10117 Berlin

Tel.: 030 / 22 48 84 12

Fax: 030 / 22 48 84 14

www.promobilitaet.de

info@promobilitaet.de

Präsidium

Dr. Peter Fischer (Vorsitzender)

Ulrich Klaus Becker

Jörg Eschenbach

Hermann Grewer

Dr. Peter Noé

Matthias Wissmann

Prof. Dr.-Ing. Gerhard Zeidler

Geschäftsführung

Stefan Gerwens

Mitglieder

3M Deutschland GmbH

ADAC e.V.

ARBIT – Arbeitsgemeinschaft der Bitumenindustrie e.V.

Autobahn Tank & Rast Holding GmbH

Automobilclub von Deutschland e.V.

Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft

Bundesverband Baustoffe, Steine und Erden e.V.

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Bundesverband der Deutschen Zementindustrie e.V.

Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung e.V.

DEKRA e.V.

Deutscher Asphaltverband e.V.

DKV Euroservice GmbH + Co. KG

F. Kirchoff AG

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.

Hermann Kirchner Bauunternehmung GmbH

HOCHTIEF AG

KEMNA BAU Andraee GmbH & Co. KG

Michelin Reifenwerke KGaA

NYNAS Belgium AB

Sanef

Sievert Handel Transporte GmbH STRABAG AG

Tensor International GmbH

TÜV NORD Mobilität GmbH & Co. KG

Verband der Automobilindustrie e.V.

Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e.V.

Verkehrsakademie Bayern e.V.

Georgia von der Wettern

Zentralverband Deutsches Baugewerbe e.V.

Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V.

Pro Mobilität zum EU-Vorschlag zur Anlastung externer Kosten beim Lkw

Höhere Kosten für Nutzer lösen Stauproblem nicht

„Höhere Kosten für den Lkw lösen das Stauproblem auf den deutschen Autobahnen nicht“, erklärte Dr. Peter Fischer, Präsident von Pro Mobilität, anlässlich des heutigen Vorschlags der EU-Kommission zur Anlastung so genannter externer Kosten im Straßengüterverkehr. Danach sollen Kosten für Staus, Lärm, Partikel und Stickoxide zu Aufschlägen auf die Lkw-Maut führen. „Kein Transportunternehmer lässt freiwillig seine Lkw in Staus hineinfahren und vergeudet dadurch Zeit und Geld“, so der Präsident des Verbandes. Statt diese Belastungen mit einem Preisetikett zu versehen, sei es wichtiger, wirksame Maßnahmen zu deren Verringerung zu nutzen. So beschleunige die Staffelung der Lkw-Maut nach Abgasklassen schon heute die Fuhrparkerneuerung und damit auch die Emissionsminderung.

„Der Staat kann als Infrastrukturbetreiber durch Investitionen entscheidend zum Lärmschutz und weniger Staus beitragen. Doch das sieht der EU-Vorschlag nicht vor“, kritisierte Fischer. Die EU könne den Mitgliedstaaten auch nicht vorschreiben, Einnahmen aus Stauegebühren vollständig für den Ausbau überlasteter Strecken, besseres Baustellenmanagement, zusätzliche Verkehrsbeeinflussungsanlagen und mehr Parkplätze an Autobahnen zu nutzen. Es sei sogar zu befürchten, dass sich der Staat an die zusätzlichen Einnahmen aus Stauegebühren gewöhne und so das Interesse an Stauvermeidung verliere. Der EU-Vorschlag setze hier falsche Anreize, denn er belohne Untätigkeit.

Wettbewerbsverzerrend sei, dass sich der Vorschlag nur auf den Lkw beziehe, so Fischer. Auch Bahn und Binnenschiff verursachten Belastungen der Luftqualität, Lärm und Staus. Außerdem müsse die vorhandene Abgabenbelastung angerechnet werden. Das tue die EU nicht. Die spezifischen Steuern und Gebühren des Straßenverkehrs in Deutschland seien mit 53 Milliarden Euro jährlich rund dreimal so hoch wie die Ausgaben des Staates für das Straßenwesen. „Die Anlastung externer Kosten darf kein Selbstzweck sein, der letztendlich nur auf höhere Kosten für den Lkw hinausläuft“, forderte der Präsident des Infrastrukturverbandes.

Nähere Informationen: Stefan Gerwens, Geschäftsführer
Pro Mobilität – Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.